

magazin

für beamtinnen und beamte

DGB

Ausgabe 10.2010

14.10.2010



Das große Sparen

Vom schlanken Staat zum Magerstaat

¹⁾ Voraussetzung: Bezügekonto (ohne Mindesteingang)
²⁾ Konditionen freibleibend, effektiver Jahreszins 8,23 %

**Abruf-Dispokredit¹⁾
bis zum 6-Fachen
Ihrer Nettobezüge
7,99 % p. a.²⁾**

Exklusivangebote für alle Beamtinnen und Beamten im DGB

0,- Euro Bezügekonto

- Kostenfreie Kontoführung (ohne Mindesteingang) und BankCard und viele weitere attraktive Extras!

+ Abruf-Dispokredit¹⁾²⁾

- Bis zum 6-Fachen Ihrer Nettobezüge

Beispiel: Nettodarlehensbetrag	10.000,- Euro
Laufzeit	12 Monate
Sollzinssatz (veränderlich)	7,99 % p. a.
Effektiver Jahreszins	8,23 %

Den günstigen Abruf-Dispokredit bieten wir Ihnen in Abhängigkeit Ihrer Bonität bis zu einem Nettodarlehensbetrag in Höhe von 50.000,- Euro und für eine Laufzeit von bis zu 4 Jahren.

+ 0,- Euro Depot¹⁾

- Einfacher und kostenfreier Depotübertrag

+ DGB Das RentenPlus: Riester-Rente zum Spezialtarif

- Mindestens 40 % Rabatt auf den Ausgabeaufschlag bei Abschluss UniProfiRente
- Rabatt gilt auch für bestehende Verträge
- Zusätzlich 200,- Euro einmalige staatliche Zulage für junge Riester-Einsteiger (bis 25 Jahre)

Jetzt informieren:

Bei Ihrem BBBank-Berater für den öffentlichen Dienst,
unter www.bezuegekonto.de oder Tel. 0 180/40 60 105
(0,20 Euro/Anruf Festnetzpreis; Mobilfunkhöchstpreis: 0,42 Euro/Minute)



BB Bank

Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst

Inhalt

Titel	
Das große Sparen	
Vom schlanken Staat zum Magerstaat	4
Kommentar	
Ina Menzel, stellv. Vorsitzende des Gesamtpersonalrats in Bremen, über das bremische Personalmanagementkonzept	6
Meldungen	
Bund: „Weniger Geld für mehr Leistung“ – Regierungskoalition kürzt Sonderzahlung	7
Aus den Ländern	
Bremens Personal 2020	9
Baden-Württemberg: DGB verlangt Gleichbehandlung homosexueller Paare	10
Mecklenburg-Vorpommern: Mehr kranke Polizisten	11
Schleswig-Holstein: Kein Einlenken bei Strafen für Streikende	12
Porträt	
Regierungshauptsekretär im Porträt	13
Service	
Altersvorsorge spezial, Teil I	14
Interview	
Bremens Finanzstaatsrat Henning Lühr über das personalpolitische Arbeitsprogramm der Hansestadt	16
Aus den Gewerkschaften	
Deutschland in Schiefelage	17
Vermischtes	
Einnahmehausfälle durch Steuerrechtsänderungen	18

Impressum

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand, Abteilung Beamte und Öffentlicher Dienst, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Verantwortlich für den Inhalt: Ingrid Sehrbrock; Redaktion: Barbara Haas, Nils Kammradt, Silke Raab, Gabriela Schill, Matthias Schlenzka, Henriette Schwarz; Titelbild: ver.di; Gestaltung: SCHIRMWERK, Essen; Druck: Peter Pomp GmbH, Bottrop; Verlag, Vertrieb und Anzeigenmarketing: INFO-SERVICE, Mannheimer Straße 80, 68804 Altlubheim, Telefon: 0211 72134571, Fax: 0211 72134573, info-service@beamten-informationen.de, www.beamten-magazin.de; Erscheinungsweise: monatlich; Jahresbezugspreis: 19,50 Euro inkl. Zustellgebühr

Editorial



Foto: DGB/Susann Loessin

Liebe Leserinnen, liebe Leser, die Schuldenbremse ist kein fiskalpolitisches Glanzstück. Sie zehrt an den Grundfesten unseres Sozialstaates. Jetzt und in Zukunft. Ein Verbot nahezu jeglicher Kreditfinanzierung nimmt dem Staat ein wichtiges Instrument, in Zukunftsprojekte zu investieren, ökologische und soziale Herausforderungen anzunehmen und für die Zukunft künftiger Generationen vorzusorgen. Sie werden deshalb eine dramatisch verschlechterte Infrastruktur, marode Schulen und Krankenhäuser erben, ohne die Möglichkeit, an dieser Situation ökonomisch sinnvoll etwas zu verändern.

Unzählige Sparorgien werden folgen, zulasten der sozial Benachteiligten und der Beschäftigten, vor allem im öffentlichen Dienst. Die jüngste Erhöhung der Hartz IV-Regelsätze um mickrige fünf Euro sind ein erster Vorgeschmack auf das, was künftig vom deutschen Sozialstaat übrigbleibt. Personalabbau und Arbeitsstress sind bereits heute die nackte Realität in jeder Behörde. Noch mehr Belastung und Personalabbau gefährden die Funktionalität unseres öffentlichen Lebens. Fakt ist, dass der Staat mehr Einnahmen benötigt, um aus eigener Kraft Zukunftsinvestitionen zu meistern. Dafür müssen Vermögende, Erben, Millionäre und Besserverdiener eine größere Steuerlast tragen als einkommensschwache Schichten. Mehr steuerliche Belastung würde ihre Lebensbedingungen nicht verschlechtern, dafür dem Staat mehr Mittel zur Verfügung stellen, mit denen unsere Zukunft finanziert wird und sich gleichzeitig die öffentliche Verschuldung reduzieren lässt. Für beides aber braucht man keine Schuldenbremse, sondern einen Zukunftsinvestitionsplan. Damit unsere Zukunft nicht ausgebremst wird. ■

Claus Matecki
Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes
des Deutschen Gewerkschaftsbundes



Das Rettungspaket für die Banken hat die deutsche Staatsverschuldung um fast 100 Milliarden Euro in die Höhe getrieben. Ab 2016 bzw. 2020 dürfen Bund und Länder zur Finanzierung ihrer Aufgaben keine Kredite mehr aufnehmen. Die Einnahmehinfortfälle aus den Steuerrechtsänderungen des vergangenen Jahrzehnts beziffern sich auf insgesamt 335 Milliarden Euro. Da bleibt scheinbar nicht mehr viel Handlungsspielraum: Bund, Länder und Gemeinden sparen auf Teufel komm raus.

Das Streichkonzert

In der Bundesverwaltung will die Bundesregierung mehr als 10.000 Stellen dauerhaft abbauen. In Bayern beklagt der GdP-Landesvorsitzende Harald Schneider die Personalausstattung der Polizei. In Brandenburg hat die rot-rote Landesregierung beschlossen, den Personalbestand bis 2019 von derzeit rund 50.000 auf dann 40.000 Beschäftigte zu senken. In Bremen sollen bis 2014 1.150 Stellen gestrichen werden – nachdem in den vergangenen 15 Jahren bereits ein Viertel

Das große Sparen

Vom schlanken Staat zum Magerstaat

des Personals im Kernbereich der Verwaltung abgebaut worden ist. In Hamburg, so der DGB in der Hansestadt, habe Finanzsenator Frigge (CDU) bestätigt, dass „Entscheidungen über umfangreiche Stellenstreichungen und damit ein erheblicher Arbeitsplatzabbau im öffentlichen Dienst“ anstehen. 100 Millionen Euro wolle der Senat bei seinen Beamtinnen und Beamten kürzen. Mit Stellenabbau und einer längeren Lebensarbeitszeit für Beamtinnen und Beamte will Niedersachsen das Defizit im Landshaushalt eindämmen. In der Landesverwaltung sollen 1.500 Stellen wegfallen, auch Lehrstellen sollen gestrichen werden. Im Saarland will die Landesregierung die Beihilfe und das Einstiegsgehalt kürzen. 30 Millionen Euro sollen bei den Personalausgaben eingespart werden. In Sachsen haben DGB und Gewerkschaften gegen geplante Einschnitte im öffentlichen Dienst mobil gemacht. 17.000 Stellen sollen wegfallen, davon 2.441 bei der Polizei und 1.100 Lehrerarbeitsplätze.

Der Magerstaat

Anfang der 1990er Jahre wurden noch über neun Prozent des Bruttoinlandsprodukts für öffentliche Beschäftigung ausgegeben. Heute sind es nur noch rund sieben Prozent. Der EU-Durchschnitt liegt mit



10,5 Prozent deutlich höher. Um europäisches Niveau zu erreichen, müsste Deutschland jährlich über 80 Milliarden Euro mehr für den öffentlichen Dienst ausgeben. Vor diesem Hintergrund sei der geplante Stellenabbau nicht zu rechtfertigen, finden der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften des öffentlichen Dienstes. Deutschland habe bereits seit langem einen extrem schlanken Staat. Jetzt entwickle sich das Land zu einem „Magerstaat“, warnt auch der Wirtschaftsweisen Peter Bofinger. Das heißt, dass der Staat wenig einnimmt und deshalb nur wenig ausgeben kann oder aber schnell im Schuldenbereich ist. Ein magerer Staat eben. „Das Problem sind nicht die vielen Ausgaben des Staates, das Problem ist, dass er zu wenig einnimmt“, sagte Bofinger auf einer Tagung des DGB Hessen-Thüringen zum Thema „Haushaltspolitik in der Krise“.

Aufgabenkritik: Fehlanzeige

Die Folgen des fortgesetzten Personalabbaus im öffentlichen Dienst sind schon heute sichtbar. Die physischen und psychischen Belastungen der Beschäftigten steigen und mit ihnen die Fehlzeiten. Da werde auch die Einführung eines betrieblichen Gesundheitsmanagements in der einen Behörde oder der anderen Verwaltung mittelfristig das Ruder nicht herumreißen können, zumal solch ambitionierte Projekte wie ein „ganzheitliches Gesundheitsmanagement“ häufig genug schon an den Kosten scheiterten. Bisher jedoch sind Bundesregierung und Landesregierungen eine Antwort auf die Frage, welche Aufgaben künftig nicht mehr wahrgenommen werden sollen, schuldig geblieben. Da aber in der Regel Aufgaben nicht wegfallen, dafür – im Gegenteil – neue hinzukommen werden, werde der Arbeitsdruck bei den Beschäftigten im öffentlichen Dienst weiter steigen.

Die Axt am Sozialstaat

Bei weiterem Personalabbau drohe die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung unter die Räder zu kommen, warnt ver.di. Wenn öffentliche Aufgaben immer schlechter erfüllt werden können und Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge stagnieren, werde das mittelbar diejenigen treffen, die ohnehin die größte Last des von der Bundesregierung auferlegten Sparpakets zu schultern haben: die Bürgerinnen und Bürger. Die mit Abstand größten Einsparungen sind nämlich im Sozialbereich vorgesehen. Hier summieren sich die Kür-

Titel

→ zungen bis 2014 auf über 30 Milliarden Euro. Sie machen deutlich mehr als ein Drittel aller Einsparungen aus. Bis 2014 sollen sie sich mehr als verdreifachen: von drei Milliarden Euro im Jahr 2011 auf knapp elf Milliarden Euro im Jahr 2014.

Einnahmenpaket statt Sparpaket

Der DGB drängt darauf, statt eines Sparpakets ein Einnahmenpaket auf den Weg zu bringen. Diejenigen sollten zur Kasse gebeten werden, die mit ihrem Geldvermögen am Finanzmarkt spekuliert und damit die Krise mit verursacht haben. Fällig seien die Wiedereinführung der Vermögensteuer, eine reformierte Erbschaftsteuer, eine Finanztransaktionsteuer und höhere Spitzensteuersätze. Geld sei genug da. Aber nicht bei sozial Schwachen und prekär Beschäftigten.

Gerecht geht anders

DGB und Gewerkschaften haben gegen die Politik der sozialen Kälte zum Sturm geblasen. In vielfältigen Aktionen in Betrieben und Verwaltungen machen sie auf die soziale Schieflage in Deutschland aufmerk-

sam und fordern die politisch Verantwortlichen auf umzudenken und gegenzulenken. Sie streiten für Gute Arbeit, gegen prekäre Beschäftigung, Leiharbeit und Niedriglöhne. Sie fordern ein gutes Auskommen im Alter, flexible Übergänge in den Ruhestand, eine bessere Erwerbsminderungsrente und die Rücknahme der Rente und Pensionen ab 67. Sie wollen ein gutes Gesundheitssystem für alle und keine Zwei-Klassen-Medizin. Sie kämpfen für gute Bildung und Ausbildung für alle. Und sie fordern starke öffentliche Leistungen. Denn marode öffentliche Einrichtungen und Schulen, hohe Gebühren und Abgaben sowie kaputte Straßen seien das Gegenteil einer guten Infrastruktur und Daseinsvorsorge. Für mehr Gerechtigkeit brauche das Land Investitionen in Bildung, Infrastruktur, innere Sicherheit und eine lebenswerte Umwelt. DGB und Gewerkschaften fordern: Schluss mit der falschen Sparpolitik in Kommunen und Ländern zulasten der Menschen. ■



Weitere Informationen unter:

<http://www.dgb.de/herbstaktion>

<http://kapitalismuskongress.dgb.de>

<http://gerecht-geht-anders.de>

Debeka Krankenversicherungsverein a. G.



Größte Selbsthilfeeinrichtung des öffentlichen Dienstes auf dem Gebiet der Krankenversicherung

Eine große Gemeinschaft bietet Schutz

Sie suchen eine optimale Vorsorge für den Krankheitsfall? Kostengünstig, leistungsstark, individuell, zuverlässig? Dann werden auch Sie Mitglied bei Deutschlands größtem privaten Krankenversicherer. Mehr als 2,1 Millionen Vollversicherte profitieren bereits von den hervorragenden Leistungen der Debeka.

map-report
Februar 2010
Platz 1
„langjährig hervorragende Leistungen“
Bestnote „bilanzstärkste Gesellschaft“
Bestnote „servicestärkster Versicherer“
Vergleich von Krankenversicherungen

Debeka-Hauptverwaltung
Ferdinand-Sauerbruch-Str. 18
56058 Koblenz
Telefon (02 61) 4 98-0
www.debeka.de

erfahren. sicher. günstig.





Ina Menzel, stellv. Vorsitzende des Gesamtpersonalrats in Bremen, über das bremische Personalmanagementkonzept

Personaleinsparungen ohne Ende

Zentrales Thema eines Personalmanagementkonzepts muss es sein, verlässliche Rahmenbedingungen für die Beschäftigten zu schaffen, damit sie dauerhaft gute Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger ihrer Stadt erbringen können. Mit Personal 2020 ist dies nur zum Teil gelungen. Personaleinsparungen ohne Ende dominieren die durchaus positiven qualitativen Bestandteile des Personalmanagementkonzepts. Positiv aus Sicht der Beschäftigten sind das Bekenntnis zur Bedeutung der Ausbildung und das Bemühen, insbesondere Menschen mit Migrationshintergrund zu motivieren, sich zu bewerben. Gesundheitsmanagement, Stärkung der Führungskompetenzen und Führungskultur, Förderung von Mobilität und Flexibilität, eine bessere „Work-Life-Balance“, mehr Arbeitszeitsouveränität und Selbstverantwortung und Gestaltungsmöglichkeiten für die Beschäftigten sind Bereiche, die aus gewerkschaftlicher Sicht zu begrüßen sind. Dagegen stehen allerdings die massiven Kürzungsvorhaben.

Mehr als ein Viertel des Personals ist im Kernbereich seit 1993 gekürzt worden. Trotzdem wird weiterer Personalabbau als alternativlos beschrieben. Insgesamt 1.150 Stellen sollen bis 2014 abgebaut werden. Dieser Abbau ist mit Effizienzsteigerungen bei der Aufgabenerledigung nicht aufzufangen. Ein Rückgang der Aufgaben ist nicht abseh-



bar, eher kommen neue und zusätzliche Aufgaben, insbesondere im kommunalen Bereich dazu. Die Festlegung, welche Aufgaben bei vermindertem Personal nicht mehr zu erbringen sind, wird verweigert. Die Belastungen für die Beschäftigten werden somit weiter steigen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des bremischen öffentlichen Dienstes sollen aber nicht nur mehr Aufgaben erledigen, sie sollen dafür auch zukünftig schlechter bezahlt werden. Zum einen sollen Kosten gesenkt werden, indem der Anteil der Beschäftigten der Laufbahngruppe 1 erhöht wird. Zu befürchten ist hier eine Abwertung von Aufgaben zu Lasten der Beschäftigten. Zum anderen will Bremen an den Ausgaben pro Beschäftigten sparen – durch Sonderlösungen bei Tarifverträgen, bei der Übertragung von Tarifergebnissen auf Beamtinnen und Beamte und durch Anhebung des Pensionsalters. Hier gilt es für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Gewerkschaften durch ihren entschlossenen Widerstand diese Pläne zu verhindern. ■

Das RentenPlus



Die Riester-Rente für Gewerkschaftsmitglieder zum günstigen Sondertarif

Das RentenPlus ist eine Riester-Rente zum günstigen Sondertarif, exklusiv für Gewerkschaftsmitglieder ohne betriebliche Altersvorsorge und deren Angehörige. Das RentenPlus bietet zwei Vorsorgevarianten:

- Rentenversicherung**
Mit der Rentenversicherung setzen Sie auf die solideste Form der Finanzierung Ihrer privaten Altersvorsorge. Das Kapital wird in eine sicherheitsorientierte Anlage mit einer Garantieverzinsung von 2,25% investiert.
- Fondssparplan**
Mit dem Fondsprodukt setzen Sie auf eine hervorragende Zukunftsvorsorge mit starken Referenzen: Die UniProfiRente wurde von den unabhängigen Experten von Finanztest erneut empfohlen: „Geht es Ihnen vor allem um die hohen Renditechancen, empfehlen wir die UniProfiRente.“ (Finanztest 11/2009)

Jetzt persönliches Angebot anfordern
Bitte per Fax an 0180 500659081 oder im Internet unter www.das-rentenplus.de

Meldungen

Bund

„Weniger Geld für mehr Leistung“ – Regierungskoalition kürzt Sonderzahlung für Beamtinnen und Beamte

Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU/CSU und FDP hat der Deutsche Bundestag am 30. September das Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 2010/2011 beschlossen. Damit ist auch die Kürzung der Sonderzahlung für Beamtinnen und Beamte beschlossene Sache. Zuvor hatte der Innenausschuss dem Gesetzentwurf einschließlich dem von CDU/CSU und FDP eingebrachten Änderungsantrag, der die Kürzung der Sonderzahlung auf 30 Prozent eines Monatsgehalts bis 2015 vorsieht, zugestimmt. Experten hatten in einer Anhörung des Innenausschusses am 27. September 2010 Kritik am Gesetzentwurf, vor allem aber am Änderungsantrag, geübt.

DGB: Politischer Wortbruch

Politischen Wortbruch warf der DGB der Bundesregierung und den Regierungsfractionen im Bundestag vor. Nils Kammradt, Abteilungs-



leiter beim DGB-Bundesvorstand wies in der Anhörung darauf hin, dass das Vertrauen der Beschäftigten in den Bund als Dienstherrn immens beschädigt werde. Dass die Kürzung der Sonderzahlung zurückgenommen werden solle, sei nicht nur ein Versprechen für die Zu-



Fotos: DGB/Simone M. Neumann

kunft, sondern geltendes Recht. Sie folge dem Motto: „Weniger Geld für mehr Leistung“. Klaus Weber sprach sich für die Gewerkschaft ver.di ebenfalls klar gegen den Änderungsantrag aus. „Auf die Beamten, die Soldaten kann sich die Politik verlassen, aber auch umgekehrt muss dies der Fall sein“, mahnte Weber. Zudem stellte er klar, dass der Gesetzgeber Vertrauen nicht mit Hoffnung verwechseln dürfe. Hoffnung bedeute immer das Vorliegen von Handlungsalternativen, wohingegen Vertrauen die Annahme einer positiven Entwicklung sei. Letzteres werde nun beschädigt, wenn die im Bundesbesoldungsgesetz vorgesehene Erhöhung der Sonderzahlung zum 1. Januar 2011 nicht verwirklicht werde. Selbst der von der Union benannte Sachverständige Matthias Pechstein, Professor an der Universität Frankfurt (Oder), hielt sich mit Kritik nicht zurück. Er gestand zu, die Kürzung begegne keinen verfassungsrechtlichen Bedenken, verwies aber darauf, dass laut Grundgesetz das Beamtenverhältnis von der Fürsorge des Dienstherrn und wechselseitiger Treue geprägt sei. Das Vorgehen des Gesetzgebers verletze das dafür notwendige Vertrauen.

Mehr Aufgaben – weniger Personal

Der DGB kritisierte scharf den geplanten Stellenabbau. Vor dessen Festsetzung sei keine Bedarfsplanung vorgenommen worden. Um die Frage nach dem vom Bund benötigten Personal

beantworten zu können, müsse dem Gesetzgeber klar sein, welche Aufgaben er überhaupt zu bewältigen hat. Dabei müsse keineswegs herauskommen, dass tatsächlich weniger Personal benötigt würde. Die Verringerung der Bevölkerungszahl – der demografische Wandel – rechtfertige den Stellenabbau laut Kammradt nicht. Der Personalbestand des Bundes sei seit 1991 bereits um 30 Prozent geschrumpft, ohne dass dies auf einen Bevölkerungsrückgang zurückzuführen gewesen wäre. Die damit einhergehende Verschlechterung der Arbeitsbedingungen werde sich zudem negativ auf die Arbeitsmotivation und letztlich auch auf die Gesundheit der Beamtinnen und Beamten auswirken. Weber gab darüber hinaus zu bedenken, dass der Stellenabbau die Funktionsfähigkeit der Verwaltung weiter einschränken werde und eine Zunahme der „externen Bewältigung“ staatlicher Aufgaben die logische Konsequenz dieses Handelns sei.

Eine Frage der Glaubwürdigkeit

Auch das Wiederaufleben der Versorgungsrücklage ab dem 1. August 2011 ohne die vorherige Durchführung der vom Gesetz ausdrücklich geforderten Prüfung sei laut einheitlicher Expertenmeinung weder aus fiskalischen noch aus rentenrechtlichen Gründen nachvollziehbar. Vielmehr mache sich der Gesetzgeber unglaubwürdig, wenn er die von ihm selbst aufgestellten Regeln ignoriere. ■

Meldungen

Bahn

Erfolg für TRANSNET: Beamtete Lokführer gleichstellt

Wenn Tarifbeschäftigte nach traumatisierenden Erlebnissen krank werden, werden ihnen die variablen Entgeltbestandteile weitergezahlt. Diese Regelung gilt jetzt auch – durch intensive Verhandlungen der TRANSNET mit der Deutsche Bahn AG und dem Bundeseisenbahnvermögen – für verbeamtete Lokführerinnen und Lokführer. Die Regelung gilt rückwirkend ab dem 1. Januar 2010 und umfasst z. B. Zulagen wie Sonn-, Feiertags-, Schicht- und Nachdienstzulagen. Sie werden bis zu sechs Wochen bei solchen als Dienstunfall anzuzeigenden Vorfällen in voller Höhe weitergezahlt. ■

Post/Postbank/Telekom

Hindernisse für Beschäftigungsinitiative

Die Beschäftigungsmöglichkeiten von Beamtinnen und Beamten bei den Postnachfolgeunternehmen und in der Bundesverwaltung standen im Fokus des Gesprächs, zu dem das Bundesfinanzministerium (BMF) am 22. September eingeladen hatte. Bei dieser Gelegenheit hat ver.di die Deutsche Post AG und die Deutsche Postbank AG erneut aufgefordert, für alle Beamtinnen und Beamten der Postnachfolgeunternehmen einen diskriminierungsfreien Zugang zu Stellenangeboten zu schaffen. Das BMF plant nun, die Bundesbehörden in einer Informationsveranstaltung auf das Qualifi-

kationspotenzial der Beamtinnen und Beamten der Postnachfolgeunternehmen aufmerksam zu machen. Von den gegenwärtig rund 7.000 abgeordneten Beamtinnen und Beamten konnte laut ver.di bisher nur „ein sehr geringer Anteil“ dauerhaft versetzt werden. Die meisten Abordnungen gibt es bei der Bundesagentur für Arbeit. Durch deren Eigenständigkeit gebe es aber erhebliche Schwierigkeiten für weitere Abordnungen ab 1. Januar 2011. Schon jetzt würden Abordnungen nicht verlängert. Insgesamt dürften sich die Beschäftigungsmöglichkeiten weiter verringern, wenn der bis 2014 geplante Stellenabbau von 10.000 Arbeitsplätzen beim Bund einsetzt, schätzt die Gewerkschaft und fordert noch größere Anstrengungen bei der Qualifizierung der Beschäftigten. ■

– Anzeige –



Unser Angebot – Ihr Vorteil

Das Informationsangebot des DBW

OnlineService des DBW für nur 10 Euro

Neben dem RatgeberService und AboService informiert der DBW die Beschäftigten und ehemaligen Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes auch im Internet über aktuelle und wichtige Themen. Mit dem OnlineService können Sie sich auf mehr als 20 Websites informieren. Das breite Themenangebot ist aktuell und übersichtlich gestaltet.

Wenn Sie sich für den OnlineService anmelden, erhalten Sie eine Zugangskennung mit der Sie mehr als 800 PDFs auf allen Websites des DBW öffnen, lesen und ausdrucken können. Im Angebot des OnlineService finden Sie auch einige Ratgeber als OnlineBuch, beispielsweise „Nebentätigkeitsrecht für Beamte und Tarifbeschäftigte“ und „FrauenSache im öffentlichen Dienst“.



Das alles für nur 10,00 Euro (inkl. MwSt.) bei einer Laufzeit von 12 Monaten. Anmelden können Sie sich für den OnlineService unter www.dbw-online.de/onlineservice.

Bestellung

per E-Mail: info@dbw-online.de
per Telefon: 0211 7300335
per Telefax: 0211 7300275
Deutscher Beamtenwirtschaftsring e.V.
Höherweg 287
40231 Düsseldorf

Noch schneller geht es online unter: www.dbw-online.de

JA, ich möchte ab sofort am OnlineService teilnehmen.

Name, Vorname

Firma

Straße

PLZ, Ort

E-Mail

Konto-Nummer

BLZ

Bank

Unterschrift

Ich zahle / Wir zahlen per **Ermächtigung zur Lastschrift:**

Aus den Ländern



Der Staat ist der größte Arbeitgeber in Bremen. Und Bremen muss sparen. Deshalb werden „auch zukünftig noch Effizienzsteigerungen und Personalabbau erforderlich sein“, so steht es im Personalmanagementkonzept des Stadtstaats. Um die Zukunftsfähigkeit eines modernen öffentlichen Dienstes herzustellen, soll „Personal unter den Bedingungen der Knappheit so gesteuert“ werden, dass Dienstleistungen „effizient und auf hohem Niveau“ erbracht werden können.

Herausforderungen und Arbeitsschwerpunkte

Die Schwerpunkte des Arbeitsprogramms, das von der Senatorin für Finanzen Karoline Linnert (Bündnis 90/Die Grünen) verantwortet wird, liegen auf Ausbildung und Sicherung der Beschäftigungsfähigkeit. Die Einsparungen, die in der Vergangenheit zu deutlich sinkenden Beschäftigtenzahlen geführt hätten, und der demografische Wandel, der sich schon heute – gemessen an der Gesamtbevölkerung – in einem deutlich überdurchschnittlichen Anteil älterer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bemerkbar macht, fordern zu dieser Schwerpunktsetzung heraus. Neben der Alterung der Gesellschaft, die mit neuen Anforderungen an den öffentlichen Dienst und einer veränderten Personalstruktur einhergeht, bedeutet demografischer Wandel auch, dass der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund – insbesondere in den Städten – und der Frauenanteil an den Beschäftigten weiter steigen werde. Darüber hinaus werde der öffentliche Dienst künftig mit einem erheblichen Bewerberrückgang und einem verschärften Wettbewerb mit anderen Arbeitgebern um die besten Arbeitskräfte rechnen müssen. „Das Argument des sicheren Arbeitsplatzes, bislang „größter Wettbewerbsvorteil“ des öffentlichen Dienstes, wird für qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber in seiner Bedeutung abnehmen.“

Ziele und Handlungsfelder

Bei der Ausbildung will Bremen als Vorbild vorangehen. Die Ausbildungsqualität soll durch eine bessere Verzahnung von Schule und Praxis optimiert werden. Die Quote der Auszubildenden mit Migrationshintergrund soll mittelfristig auf 20 Prozent steigen. Ein erster Schritt, Jugendliche und junge Menschen mit Migrationshintergrund für den öffentlichen Dienst zu interessieren, sei mit einer 2009 gestarteten ressortübergreifenden Kampagne zur interkulturellen Öffnung der Verwaltung getan. Sie soll auch in den nächsten Jahren aufgelegt werden.

Die interne Fort- und Weiterbildung will die Hansestadt weiterentwickeln: Bedarfe sollen ermittelt, die Qualität der Fortbildung gesichert und Fortbildungsangebote evaluiert werden.

Das Konzept sieht außerdem vor, ein einheitliches Gesundheitsma-



Foto: istockphoto.com/pixdeluxe

agement aufzubauen. Arbeitsstrukturen und -prozesse sollen – unter Beteiligung der Beschäftigten – nachhaltig verbessert werden. Nicht nur die Gesundheit der Beschäftigten soll gefördert, sondern auch krankheitsbedingte Fehlzeiten sollen reduziert werden. Das Programm lässt die Einsicht erkennen, dass die Analyse der Ursachen von Krankheiten dafür unbedingt notwendig ist.

Bremens Personal 2020

Personalpolitische Perspektiven in Zeiten der Knappheit

Für eine differenzierte und ausgewogene Personalstruktur müsse überdies die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert werden. Neben der Umsetzung bereits bestehender Regelungen wird vorgeschlagen, dass Dienststellen z. B. ein Checkheft „Familienorientierte Personalpolitik“ bereitstellen, das bei der Situationsanalyse sowie Problem- und Dringlichkeitsbewertungen unterstützt. Angedacht ist außerdem die Entwicklung und Umsetzung eines Online-Bewerbungsmanagementsystems sowie die Schaffung von Bedingungen für eine ausgewogene Work-Life-Balance.

Bremen will darüber hinaus Frauenförderung und Gender Mainstreaming konsequent weiterverfolgen. Mehr Frauen in Leitungsfunktionen, networking-Strukturen und Mentoring-Programme sind dafür geplant. ■

Aus den Ländern

Baden-Württemberg

DGB verlangt Gleichbehandlung homosexueller Paare

Der DGB Baden-Württemberg fordert für Beamtinnen und Beamte in eingetragenen Lebenspartnerschaften die gleichen Rechte wie für Eheleute. Sie sollen mit der Dienstrechtsreform bei der Beihilfe und im Besoldungs- und Versorgungsrecht gleichgestellt werden. Wie der DGB kritisiert, werden homosexuelle Beamtinnen und Beamte mit dem vorgelegten Gesetzentwurf „nur bei negativen Folgen“ wie dem Versorgungsausgleich wie Eheleute behandelt. Der DGB weist auf Regelungen des Bundes und Bayerns hin. „Die rote Laterne hängt im angeblich so weltoffenen Baden-Württemberg.“ Die Parlamentarier haben allerdings für sich eine Hinterbliebenenregelung getroffen, die eingetragene Lebenspartnerschaften einbezieht. ■

Bayern

GdP: Polizei pfeift personell aus dem letzten Loch

Die GdP teilt nicht die Zufriedenheit des bayerischen Innenministers mit dem Personalstand der Polizei. Der Landesvorsitzende Harald Schneider widerspricht dem Eindruck, es gebe genug Beschäftigte, die für die Sicherheit der Bevölkerung sorgen. Im Bereich jedes Polizeipräsidiums gebe es Dienststellen, die personell „aus dem letzten Loch pfeifen“. Schneider warnt, kleine Dienststellen auf dem Land, die nachts nur eine Streife losschicken können, seien die ersten, „die auf der Strecke bleiben“. Verschärft werde die Situation dadurch, dass in den kommenden Jahren vermehrt Beamtinnen und Beamte in den Ruhestand gehen. „In jedem Polizeipräsidium verschwindet so im nächsten Jahr das Personal einer Inspektion.“ Schneider fordert daher für die Verhandlungen über den Haushalt 2011/12: „Wir brauchen pro Jahr 1.000 Neueinstellungen und keine einzige weniger.“ ■

Berlin

DGB weist Forderung nach Pensionskürzung zurück

Versäumnisse in der Altersversorgung der Berliner Beamtinnen und Beamten kritisiert die Vorsitzende des DGB Berlin-Brandenburg. Bei den Beamtinnen und Beamten spare sich das Land den Rentenversicherungsbeitrag. „Dieses Geld wurde jahrzehntelang für andere Projekte ausgegeben anstatt Rücklagen zu bilden“, monierte Doro Zinke anlässlich der Vorstellung des Versorgungsberichts. „Diese Versäumnisse dürfen nicht zu Lasten der Beamtinnen und Beamten gehen.“ Die von Grünen geforderten Pensionskürzungen seien verfehlt. „Die Vorkehrungen im Rentensystem für die demografische Entwicklung wurden in der Beamtenversorgung nachgezeichnet“, erklärte Zinke. Teile vergangener Besoldungserhöhungen seien in die Versorgungsrücklage geflossen, zukünftige Kürzungen stünden schon im Gesetz. Berlin bringt aktuell zwei Milliarden Euro für die Beamtenversorgung auf. ■

Brandenburg

Minister: Schulämter werden nicht aufgelöst

Ein Beschluss der SPD hat Beschäftigte der staatlichen Schulämter in Brandenburg in Aufregung versetzt. Darin heißt es unter dem Titel „Der Brandenburger Weg ins dritte Jahrzehnt“: „Wir werden die Strukturen der Schulämter überprüfen.“ Bei den Beschäftigten entstand der Eindruck, dass die Schulämter aufgrund der Haushaltszwänge abgeschafft und ihre Aufgaben auf die Kommunen übertragen werden sollen. Dies schilderte der Hauptpersonalrat des Bildungsministeriums in einem Brief an Bildungsminister Holger Rupperecht (SPD) und bat um Aufklärung. Rupperecht stellte klar: „Von einer Abschaffung der staatlichen Schulämter ist weder im Koalitionsvertrag noch in den Beschlüssen des Landesverbandes der SPD vom 5.9.2010 die Rede.“ ■

Bremen

Land übernimmt Auszubildende

Bremen will Frauen und Männer nach abgeschlossener Ausbildung im öffentlichen Dienst für zwei Jahre weiterbeschäftigen. Der Gesamtpersonalrat des Landes begrüßt die neue Regelung in den Ausschreibungsrichtlinien sehr. „Nur mit der Unterstützung der jungen und qualifizierten Beschäftigten wird es gelingen, die Qualität öffentlicher Dienstleistungen aufrechtzuerhalten“, erklärt der stellvertretende Vorsitzende Burckhard Radtke in einem Rundschreiben. In den Dienststellen solle darauf geachtet werden, dass sie eine Chance auf einen unbefristeten Arbeitsplatz bekommen. Als positiv erachtet der Gesamtpersonalrat außerdem, dass Migrantinnen und Migranten in Stellenausschreibungen ausdrücklich angesprochen werden. Die enthalten künftig den Hinweis, dass Menschen aus Zuwandererfamilien ausdrücklich erwünscht sind. „In vielen Zuwandererfamilien ist der Staat als potenzieller Arbeitgeber wenig bekannt“, erläutert Finanzsenatorin Karoline Linnert (Grüne). ■

Hamburg

Kette aus Menschen fordert gerechte Finanzpolitik

Mit einer Menschenkette haben am 30. September in Hamburg tausende Menschen gegen Kürzungen des Senats und der Bundesregierung demonstriert. „Wir folgen der Spur der verschwendeten Gelder“, kommentierte Hamburgs DGB-Vorsitzender Uwe Grund. Neben den Gewerkschaften hatten Sozialverbände unter dem Motto „Gerecht geht anders“ dazu aufgerufen. ver.di-Landeschef Wolfgang Rose griff Finanzsenator Carsten Frigge (CDU) scharf an: „Der Mann macht eine grundfalsche Politik. Er spielt den Schutzpatron der Reichen und nimmt lieber die Arbeitnehmer und ihre Familien aus.“ Die Demonstrierenden hefteten Thesen für eine gerechte Politik an die Tür der Finanzbehörde und forder-

ten die Einstellung von 200 Steuerprüferinnen und -prüfern. Die GdP protestierte gegen die ab 2011 geplante Kürzung des Weihnachtsgeldes für Beamtinnen und Beamte, Müllwer-



Foto: ver.di Hamburg

ker mit Rollatoren und Krücken verdeutlichten ihre Ablehnung gegen die Rente mit 67 Jahren. Bei den Beamtinnen und Beamten will der Senat laut Uwe Grund 100 Millionen Euro einsparen. Frigge bestätigte im Gespräch mit Grund, dass Entscheidungen über umfangreiche Stellenstreichungen anstehen. ■

Hessen

Körzell: Gesetzgeber sollen von Thüringen lernen

Hessen soll sich ein Beispiel an der Thüringer Initiative für ein Vergabegesetz nehmen. Das hat der Vorsitzende des DGB-Bezirks Hessen-Thüringen Stefan Körzell der hessischen Regierung empfohlen. Anlass war eine gemeinsame Kabinettsitzung der beiden Landesregierungen auf der Wartburg, die an die erste gemeinsame Sitzung nach der Wiedervereinigung erinnerte. „Es wäre ein gutes Signal, jetzt die Vergabe öffentlicher Aufträge an einen Tariflohn und andere Mindeststandards zu binden“, betonte Körzell und erinnerte an die Arbeitnehmerfreizügigkeit in der Europäischen Union. Sie ermöglicht es Erwerbstätigen ab 2011, ihre Arbeit in Deutschland zu Tariflöhnen ihrer Herkunftsländer anzubieten.

Thüringen will im Januar ein Gesetz einführen, das Lohndumping bei der Vergabe öffentlicher Aufträge verhindern soll. In Hessen trat am 1. Januar 2008 ein Vergabe- und Tariftreuegesetz in Kraft, das aber bereits im April desselben Jahres wegen eines Urteils des Europäischen Gerichtshofs ausgesetzt wurde. ■

Mecklenburg-Vorpommern

Mehr kranke Polizisten

In Mecklenburg-Vorpommern steigt die Zahl der Krankheitstage bei der Polizei. Im vergangenen Jahr kamen 146.301 Fehltag zusammen. Seit 2006 hat sich die Zahl der Dienstauffälle damit um ein Fünftel erhöht. Wie das Innenministerium auf Anfrage der FDP weiter berichtete, melden sich vor allem über 50-jährige Beamtinnen und Beamte öfter krank. In dieser Altersgruppe stieg die Zahl der Krankheitstage im Vergleich zu 2008 um 10.000, während sie bei den jüngeren Beschäftigten nur leicht zunahm. 325 Beamtinnen und Beamte waren dienstunfähig. Das Ministerium führt die Entwicklung auf den steigenden Altersdurchschnitt zurück, der zurzeit bei 44 Jahren liegt. Aus Sicht des FDP-Politikers Gino Leonhard, der die Zahlen erfragt hatte, ist der Anstieg der Fehlzeiten eine Folge der Überlastung der Polizistinnen und Polizisten. Ebenso wie Leonhard forderte auch Peter Ritter von den Linken, den Personalabbau zu stoppen. ■

Niedersachsen

DGB: Höheres Pensionsalter bedeutet Kürzungen

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften sind strikt gegen eine längere Lebensarbeitszeit für Beamtinnen und Beamte in Niedersachsen. „Viele Beamtinnen und Beamte erreichen schon heute nicht das Regelpensionsalter von 65. Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit im öffentlichen Dienst ist daher genauso falsch wie die Rente mit 67“, kritisierte der DGB-Bezirksvorsitzende Hartmut Tölle.

Die Landesregierung will das Pensionsalter bis 2029 stufenweise auf 67 Jahre erhöhen, um Ausgaben zu sparen. Tölle sieht in den Plänen unter den bisherigen Arbeitsbedingungen „eine reine Kürzungsmaßnahme für die Betroffenen“. Diese müssen bei vorzeitigem Ausscheiden in der Regel Einbußen hinnehmen. Er weist auf eine steigende Gesundheitsbelastung der Beschäftigten, vor allem durch starken Personalabbau, hin. Die Landesregierung solle dafür sorgen, dass ihre Beschäftigten gesund die Pension mit 65 erreichen. ■

Nordrhein-Westfalen

Gewerkschaften bauen auf schnelle Lösung für mehr Mitbestimmung

Die DGB-Gewerkschaften wollen die Mitbestimmung in Nordrhein-Westfalens öffentlichem Dienst schnell verbessern. Sie bauen auf die Zusage der jetzt regierenden Parteien im Wahlkampf, „das Problem Mitbestimmung im öffentlichen Dienst“ werde in den ersten 100 Tagen der Regierungszeit gelöst. Der Entwurf für ein neues Landespersonalvertretungsgesetz soll dem Landtag 2011 vorliegen. Das dauert ver.di und der GdP zu lange. „Was die Ministerpräsidentin heute zur Mitbestimmung gesagt hat, war eindeutig zu dünn“, kritisierte der Vorsitzende der GdP Frank Richter nach der Regierungserklärung von Hannelore Kraft (SPD). Die Aussagen der neuen Ministerpräsidentin deuten für ver.di darauf hin, dass die Landesregierung die Reform der Mitbestimmung und das neue Dienstrecht für Beamtinnen und Beamte im Zusammenhang mit dem Ziel „Gute Arbeit“ sieht. Kraft sagte, Mitbestimmung bleibe „ein wichtiger Hebel“ bei der Ausgestaltung der Arbeitsgesellschaft des 21. Jahrhunderts. „Darum werden wir die Verschlechterungen des Landespersonalvertretungsgesetzes rückgängig machen und darüber hinaus für ein modernes und flexibles Dienstrecht sorgen.“ Die Gewerkschaften wollen zudem Regelungen wie wirtschaftliche Mitbestimmung. ■

Aus den Ländern

Rheinland-Pfalz

Mitbestimmung verbessert

Zufrieden zeigt sich der DGB Rheinland-Pfalz mit dem neuen Landespersonalvertretungsgesetz. „Hier gilt es ganz klar festzustellen: Rheinland-Pfalz hat als einziges Bundesland eine fortschrittliche Weiterentwicklung der Mitbestimmung im öffentlichen Dienst auf den Weg gebracht“, urteilte der DGB-Bezirksvorsitzende Dietmar Muscheid. Dennoch hätten sich der DGB und die Gewerkschaften „an der ein oder anderen Stelle mehr erhofft“. Die Gesetzesnovelle weitet die Initiativrechte der Personalvertretungen aus und schließt eine Mitbestimmungslücke bei ressortübergreifenden Maßnahmen. Der DGB hatte gefordert, dass auch der Katalog der mitbestimmungspflichtigen Maßnahmen erweitert wird. ■

Saarland

Landesregierung will Beihilfe und Einstiegsgehalt kürzen

Saarländischen Beamtinnen und Beamten drohen weitere Einschnitte. Die Beihilfe, die in der Regel 50 Prozent der Kosten im Krankheitsfall trägt, soll ab 2011 gekürzt werden. Wie Innenminister Stephan Toscani (CDU) Vertretern der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen kurzfristig mitteilte, enthält die Kostendämpfungspauschale zur Beihilfe eine soziale Staffelung. In den unteren Besoldungsgruppen A 7 und A 8 sind 100 Euro vorgesehen, der Betrag steigt bis auf 750 Euro. Toscani kündigte außerdem eine niedrigere Eingangsbesoldung im gehobenen und höheren Dienst an. Grund ist die vom Bund auferlegte Schuldenbremse. Der öffentliche Dienst soll Einsparungen von 30 Millionen Euro leisten. Der DGB-Landesvorsitzende Eugen Roth warnte davor, den öffentlichen Dienst ausbluten zu lassen. Beamtinnen und Beamte hätten Opfer „in zigfacher Millionenhöhe“ erbracht, trotzdem sei der Haushalt nicht ansatzweise konsolidiert worden. Ein Einstellungs-

stopp und eine Nullrunde sind bereits verkündet. Roth verlangte ein Personal- und Finanzkonzept bis ins Jahr 2019. ■

Sachsen

Tausende Menschen fordern Korrektur der Sparpläne

Gegen die Kürzungspläne der sächsischen Regierung haben am 29. September in Dresden tausende Menschen protestiert. Mit einem überdimensional großen Hemd brach-



Foto: Hans-Jürgen Lein

ten sie beim DGB-Aktionstag zum Ausdruck, dass sie sich nicht den Sparvorgaben beugen wollen. „Wir geben unser letztes Hemd nicht her“, stand darauf. Die Vorsitzende des DGB Sachsen Iris Kloppich rief die Staatsregierung wiederholt auf, von ihren Plänen abzurücken, da sie den sozialen und demokratischen Frieden bedrohen würden. Sie sprach von 29.000 bis 35.000 gefährdeten Arbeitsplätzen. Die Landesregierung will 1,4 Milliarden Euro im Doppelhaushalt 2011/12 einsparen, u. a. sollen das Weihnachtsgeld der Beamtinnen und Beamten und Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst gestrichen werden. Der Wissenschaftler Dr. Dieter Vesper kommt in einem für den DGB erstellten Gutachten zu dem Schluss, dass die Finanzsituation des Landes „deutlich günstiger“ ist als dargestellt. Als skandalös bezeichnete Werner Theis von ver.di, dass die Abgeordneten keine Kürzungen hinnehmen sollen. ■

Sachsen-Anhalt

„Schwarzer Peter“ für die Hochschulen

Hochschulen in Sachsen-Anhalt sollen künftige Lohnsteigerungen für Beschäftigte zum Teil selbst erwirtschaften. Es soll Inhalt einer Rahmenvereinbarung zwischen Landesregierung und Hochschulen werden, dass die Einrichtungen zehn Prozent dieser Beträge künftig selbst Erlösen. Die Vereinbarung soll laut ver.di noch vor Jahresende unterzeichnet werden. „Damit würde die Handlungsfähigkeit der Hochschulen drastisch beschnitten, denn das zwingt sie zu Einschränkungen bei der notwendigen Personalausstattung“, sagt ver.di-Fachbereichsleiterin Anne Voß. Die Gewerkschaft fordert das Finanzministerium auf, seine starren Haushaltsvorgaben aufzugeben und für eine aufgabengerechte Mittelausstattung der Hochschulen zu sorgen. ■

Schleswig-Holstein

Kein Einlenken bei Strafen für Streikende

Die GEW fordert den schleswig-holsteinischen Bildungsminister auf, nicht mit Strafen gegen Streikteilnehmer/innen vorzugehen. Eine gewählte Schulleiterin sowie Schulleitungsmitglieder in Probezeit sollen ihre Posten verlieren. Weitere Lehrer/innen, die am 3. Juni gegen Stellenabbau und für bessere Arbeitsbedingungen gestreikt hatten, sollen nicht befördert werden. „Maximal drei Stunden Streik rechtfertigen in keiner Weise, die Betroffenen trotz ansonsten guter Arbeitsleistungen von ihren Posten zu entfernen“, appellierte der GEW-Landesvorsitzende Matthias Heidn an Minister Ekkehard Klug (FDP). „Die Disziplinarmaßnahmen gegen streikende Beamte müssen eingestellt werden“, verlangte auch Beamten- und Tarifexpertin Ilse Schaad auf der tarifpolitischen Regionalkonferenz in Kiel. Das Streikverbot sei ein Relikt aus vor-demokratischer Zeit. Beamtinnen und Beam-

Aus den Ländern

ten werde ein Grundrecht entgegen europäischer Rechtsprechung vorenthalten, kritisierte Schaad. Sie berief sich im Wesentlichen auf Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, der die Türkei wegen ihres Streikverbots für Staatsbedienstete verurteilt hatte. Die GEW will vergleichbare Entscheidungen erreichen. Sie geht davon aus, dass von Disziplinierungsmaßnahmen betroffene Lehrkräfte gute Chancen hätten, diese Prozesse zu gewinnen. Versuche von GEW und Landespolitikern, Strafen gegen die streikenden Lehrkräfte abzuwenden, blieben bisher erfolglos. ■

Thüringen

Vergabegesetz soll im Januar in Kraft treten

Thüringen will Unternehmen verpflichten, bei der Ausführung öffentlicher Aufträge Tarifröhne zu zahlen. Das sieht ein Vergabegesetz vor, das im Januar verabschiedet werden soll. So könne ein Wettbewerb um Lohndumping verhindert werden, sagte Wirtschaftsminister Matthias Machnig (SPD) mit Blick auf die ab 2011 geltende Arbeitnehmerfreizügigkeit in Europa. Arbeitnehmer/innen können

dann in Deutschland ihre Arbeitskraft zu den Tarifröhnen ihres Herkunftslands anbieten. Das Gesetz komme somit „genau zur richtigen Zeit“, lobte der DGB-Bezirksvorsitzende Stefan Körzell. Er hob besonders hervor, dass im Gesetzentwurf der Mindeststandard der Internationalen Arbeitsorganisation ILO festgeschrieben wurde. Dazu gehört, dass keine ausbeuterischen Löhne gezahlt und Frauen im Erwerbsleben nicht diskriminiert werden dürfen. Körzell und die Thüringer DGB-Vorsitzende Renate Licht bedauerten aber, dass das Gesetz keinen Mindestlohn vorschreibe. ■

Porträt



Im Porträt: Karsten Bode, Regierungshauptsekretär

Hilfe per Telefon

In Zeiten des Umbruchs ist auch die Zukunft der Krankenkassen ungewiss. Für die Postbeamtenkrankenkasse gilt das allerdings nicht. Sie ist eine „geschlossene“ Krankenkasse. Schon heute ist klar, dass sie spätestens 2084 abgewickelt sein wird. Karsten Bode wird dann längst im Ruhestand sein. Bis dahin wird der Regierungshauptsekretär, dessen Amtsbezeichnung früher Posthauptsekretär hieß, Arzt- und Zahnarztrechnungen prüfen, Kunden beraten und möglicherweise als Vorsitzender des örtlichen Personalrats und als Mitglied des Gesamtpersonalrats die Interessen seiner Kolleginnen und Kollegen in der Regionalbezirksstelle Hannover vertreten, wo er arbeitet.

Angefangen hat der 47-Jährige als Postassistentenwärter 1980 bei der Deutschen Bundespost. Nach der zweijährigen Ausbildung hat er in Hameln den klassischen Schalterdienst verrichtet und im Personalbereich der Postverwaltung gearbeitet. Mit der Privatisierung wurde nicht nur die Verwaltung der Post nach Hildesheim verlagert, sondern auch die Postbeamtenkrankenkasse regionalisiert. Für Bode war das die Chance, zur Krankenkasse nach Hannover zu wechseln. Hier bearbeitet er als einer von 85 verbeamteten Beschäftigten die Arzt- und Zahnarztrechnungen. In fünf Kompetenzcentern mit mehreren Außenstellen arbeitet die Postbeamtenkrankenkasse heute auf höchstem technischen



Niveau. Aufgaben und Arbeitsprozesse wurden jeweils an einem Standort zusammengefasst und neu organisiert. Während in Köln Krankenhausaufenthalte und Reha-Maßnahmen bearbeitet werden, verwaltet München die Versicherungsverhältnisse der Mitglieder.

„Die Aufgaben sind monotoner geworden“, bedauert Bode diese Entwicklung, „man ist nur noch ein kleines Rädchen im Getriebe“. Aber der Dienstherr habe die Nachteile erkannt. Jetzt werde daran gearbeitet, den Beschäftigten auch wieder mehr Verantwortung zu übertragen. Früher habe er einen bestimmten Versichertenbestand gehabt und in vielen Telefongesprächen ein persönliches Verhältnis aufbauen können, sagt Karsten Bode, „das war ein Traumjob“. Heute sind es die zehn Stunden in der Kundenberatung, die seinen Arbeitsalltag auflockern. „Am Telefon sind Leute, die Hilfe brauchen“, erzählt Bode. Da sei das Wissensmanagement eine echte Herausforderung. „Mit detaillierten Kenntnissen und einem umfangreichen Wissen kann man da wirklich helfen“. ■



Altersvorsorge spezial – Teil I

Richtig Riester

Immer mehr Menschen schließen zusätzlich zur gesetzlichen Rentenversicherung auch eine private Versicherung ab. In der Wirtschafts- und Finanzkrise vertrauen viele der staatlich geförderten Riester-Rente, denn sie bietet Sicherheit und überdurchschnittliche Erträge. Im ersten Quartal 2010 wurden laut Bundesministerium für Arbeit und Soziales 377.000 neue Riester-Verträge abgeschlossen. Insgesamt ist die Zahl der Verträge auf 13,6 Millionen gestiegen. Wir haben häufig gestellte Fragen zur Riester-Rente aufgegriffen und beantwortet.

Wieso ist eine Riester-Rente fürs Alter wichtig?

Die Riester-Rente soll die Einschnitte in der Altersvorsorge auffangen. Sie bietet Beamtinnen und Beamten sowie Tarifbeschäftigten die Möglichkeit, privat, aber mit staatlicher Unterstützung für das Alter vorzusorgen. Wer seine staatlich zugesicherten Pensions- oder Rentenansprüche durch eine Riester-Rente ergänzt, erhält staatliche Zulagen und hat – unter bestimmten Voraussetzungen – Steuervorteile.

Wer kann eine staatlich geförderte Riester-Rente abschließen?

Eine Riester-Rente mit staatlicher Förderung können u. a. abschließen:

- alle Pflichtversicherten der gesetzlichen Rentenversicherung
- Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter, Zeit-/Berufssoldatinnen und -soldaten

■ Mütter und Väter in einer anzurechnenden Erziehungszeit

■ Personen in der Berufsausbildung.

Junge Menschen bis 25 Jahre erhalten beim Abschluss eines Riester-Vertrags einmalig einen sogenannten „Berufsstarterbonus“ von 200 Euro, der als Zulage dem Vertrag gutgeschrieben wird.

Wie hoch sind die staatlichen Zulagen für eine Riester-Rente?

Die Riester-Rente wird mit staatlichen Zulagen gefördert. Die Grundzulage beträgt 154 Euro im Jahr. Zusätzlich gibt es für jedes kindergeldberechtigte Kind eine Zulage von 300 Euro (185 Euro für Kinder, die vor dem 1. Januar 2008 geboren wurden).

Grundzulage	Kinderzulage ¹	Kinderzulage ²	Ausbildungszulage ³
154 Euro	185 Euro	300 Euro	200 Euro

¹ Für Kinder, die bis zum 31. Dezember 2007 geboren wurden.

² Für Kinder, die ab dem 1. Januar 2008 geboren wurden.

³ Einmalig bei Abschluss einer Riester-Rente für Jugendliche bis 25 Jahre.

Um die volle staatliche Förderung für eine Riester-Rente zu erhalten, muss ein Mindestbeitrag aufgebracht werden, der sich nach dem Bruttoeinkommen des Vorjahres richtet. Die Summe aus Eigenbetrag für die Riester-Rente und staatlicher Förderung muss mindestens 4 Prozent des Vorjahreseinkommens betragen (maximal 2.100 Euro).

Schnelle Hilfe in Krisensituationen

– Anzeige –

Plötzliche einschneidende Veränderungen im Leben oder traumatische Erfahrungen können zu einer psychischen Erkrankung führen. Solche krisenhaften Zuspitzungen können z. B. im Zusammenhang mit schweren Belastungssituationen am Arbeitsplatz (Mobbing), Verlusterfahrungen oder Beziehungskrisen auftreten. In solchen Fällen ist eine schnelle Hilfe besonders notwendig.

In der Krisengruppe der Parkklinik Heiligenfeld in Bad Kissingen finden Menschen in akuten Krisen kompetente Hilfe. Innerhalb weniger Tage können sie durch eine Krankenhauseinweisung des behandelnden Arztes aufgenommen werden. Die Methodik der Krisengruppe besteht während einer maximalen Behandlungsdauer von zwei bis drei Wochen darin, die akute Krise zu erkennen und zu entschärfen. Die räumliche Trennung vom gewohnten Um-

feld und der Kontakt mit den Mitpatienten sind wichtige Aspekte auf dem Weg aus der krisenbedingten Isolation. Die Behandlung in der Krisengruppe der Parkklinik Heiligenfeld besteht aus täglichen psychoedukativen sowie gesprächs- und kreativtherapeutischen Einheiten und setzt sich mit körperlichen und seelischen Belastungen ebenso auseinander wie mit aktuellen sozialen, beruflichen und familiären Stressfaktoren. Spezielle Selbststeuerungs- und Selbstführungs- sowie Körperwahrnehmungsgruppen stärken die Basisfähigkeit, mit zukünftigen Krisen besser umgehen zu können.

Weitere Informationen zur Krisengruppe sind im Internet unter www.heiligenfeld.de unter dem Menüpunkt Parkklinik zu finden.



Foto: ©Digitalstock/F. Aumüller

→ Wenn die Zulagen allein schon mehr als 4 Prozent des Vorjahresbruttoeinkommens ausmachen, muss pauschal ein Mindesteigenbeitrag von 60 Euro jährlich geleistet werden.

Beispiel: Unverheirateter Single, keine Kinder

- Das Jahresbruttoeinkommen 2009 betrug 30.000 Euro.
 - Der Mindestbetrag für 2010 ist 4 Prozent von 30.000 Euro = 1.200 Euro.
 - Die staatliche Zulage beträgt für das Jahr 2010 insgesamt 154 Euro.
 - Der notwendige Eigenbeitrag ergibt sich aus dem Mindestbetrag abzüglich der staatlichen Zulage, also: 1.200 Euro – 154 Euro = 1.046 Euro
- Es müssen also mindestens 1.046 Euro im Jahr in die Riester-Rente eingezahlt werden. Daraus ergibt sich ein Monatsbeitrag von rund 87 Euro.

Wie erhalten Anleger die staatlichen Zulagen für die Riester-Rente?

Die staatlichen Zulagen für eine Riester-Rente müssen von den Anlegern beantragt werden. Die Zulagen können mit einem sogenannten „Dauerzulagenantrag“ frühestens im Jahr nach dem Abschluss des Riester-Vertrags beantragt werden.

Der „Dauerzulagenantrag“ wird in der Regel vom Anbieter der Riester-Rente vorbereitet und versendet. Er sollte möglichst schnell ausgefüllt und unterschrieben an den Anbieter zurückgeschickt werden. Erst dann können die staatlichen Zulagen dem Vertrag gutgeschrieben werden. Die Gutschrift der Zulagen ist wichtig für die optimale Wertentwicklung der Altersvorsorge.

Wie funktioniert die steuerliche Förderung der Riester-Rente?

Die Riester-Rente wird vom Staat auch steuerlich gefördert. Mit der Einkommensteuererklärung können die Beiträge zur Riester-Rente als Sonderausgabenabzug geltend gemacht werden. Dazu wird der jährliche „Kontoauszug“ des Anbieters, der automatisch zugeschickt wird, der Einkommensteuererklärung beigelegt. In diesem „Kontoauszug“ sind die Eigenbeiträge und Zulagen ausgewiesen. Das Finanzamt prüft dann, ob der Sonderausgabenabzug gegenüber den Zulagen günstiger ist. Ist dies der Fall, werden die bereits ausgezahlten Zulagen mit der Steuervergünstigung verrechnet und der Differenzbetrag als Steuerrückzahlung erstattet. ■



Mehr Informationen zur Riester-Rente finden Sie im Internet unter www.das-rentenplus.de



Heiligenfeld Kliniken

... auf dem Weg zu einem guten Leben!



Integratives psychosomatisches Behandlungskonzept

für MitarbeiterInnen in öffentlicher Verwaltung und Behörden

Burn-out • Lebenskrisen • Berufliche und persönliche Identitätsstörungen • Borderline-Störungen • Essstörungen • Angstsymptomatik • Suchtverhalten • Depressive Störungen aller Art • u.a.

Heiligenfeld GmbH

Altenbergweg 6 • 97688 Bad Kissingen
Tel.: 0971 84-0 • Fax: 0971 84-4195
info@heiligenfeld.de • www.heiligenfeld.de

Interview



Mit einem Arbeitsprogramm für den öffentlichen Dienst bis 2020 reagiert die Freie Hansestadt Bremen auf personalwirtschaftliche Herausforderungen. Der Staatsrat für Finanzen in Bremen Henning Lühr erläutert, welche Anstrengungen die Hansestadt unternehmen will, damit der öffentliche Dienst auch in Zukunft als attraktiver Arbeitgeber wahrgenommen wird.

Nach über 15 Jahren Personalabbau und Kürzungen im bre-mischen öffentlichen Dienst sollen auch künftig Personal abgebaut und die Effizienz gesteigert werden. Lassen Sie den öffentlichen Dienst ausbluten?

Ihre Anleihe im Sprachschatz von Dracula („ausbluten“) halte ich für nicht zutreffend. Zur Zeit findet in Deutschland eine gesellschaftspolitische und staatstheoretische Auseinandersetzung über Funktion, Aufgaben und Finanzierung des Staates und der Kommunen statt. Politisch ist es für alle Beteiligten (Politik, Verwaltung, Gewerkschaften und Personalräte) notwendig, sich in diese Diskussion einzumischen



Wie waren die Beschäftigten und ihre Interessenvertretungen in die Erarbeitung des Arbeitsprogramms eingebunden bzw. wie soll dies bei der Umsetzung geschehen?

Die in dem „Personal 2020“ veröffentlichten personalpolitischen Perspektiven und strategischen

Zielsetzungen sind das Ergebnis eines ausgiebigen Diskussionsprozesses mit Verantwortlichen und Beschäftigten aus den Ressorts. Die Interessenvertretungen wurden im Entstehungsprozess in Diskussionen über die einzelnen Schwerpunkte beteiligt und haben vor der Veröffentlichung ausführlich zu dem Konzept Stellung genommen. Bei der Umsetzung der Maßnahmen aus dem Arbeitsprogramm werden natürlich sowohl die Beschäftigten als auch die Interessenvertretungen wie gewohnt beteiligt. Zur Zeit verhandeln wir mit dem Gesamtpersonalrat über eine Dienstvereinbarung zur Beschäftigtenbeteiligung.

Hohes Maß an Identifikation im öffentlichen Dienst

und den Veränderungsprozess voranzubringen, auch für eine auskömmliche Finanzierung des Sozialstaates. Bremen hat dazu klar Position gezogen: Bundesratsinitiativen zur Steuerpolitik und Finanzverteilung, Rekommunalisierung als Ziel der Organisationspolitik, soziale Kriterien für Beschaffung, Mindestlohn Nur mit einem demokratisch verfassten öffentlichen Dienst mit auskömmlicher Finanzierung können Beschäftigung und Arbeitsbedingungen gesichert werden.

Wie wollen Sie sicherstellen, dass die immer älter werdenden Beschäftigten den wachsenden Anforderungen an ihre Arbeit bei zunehmender Arbeitsverdichtung auch in Zukunft gerecht werden können?

Die Sicherung altersgerechter Beschäftigung erfordert Initiativen in den Handlungsfeldern Fort- und Weiterbildung, Gesundheitsmanagement, Wissensmanagement und in der Förderung von Mobilität und Flexibilität. Die bedarfsorientierte Weiterentwicklung der internen Fort- und Weiterbildung unter der Berücksichtigung des Aspekts „Lebenslanges Lernen“ ist genauso wichtig wie ein umfassendes Gesundheitsmanagement, das darauf abzielt, Krankheiten am Arbeitsplatz vorzubeugen, Gesundheitspotenziale zu stärken und das Wohlbefinden am Arbeitsplatz zu fördern. Ein weiteres wichtiges Element ist ein funktionierendes Wissensmanagement, das insbesondere auch an dem Erfahrungswissen der älteren Beschäftigten ansetzt.

Was tun Sie, damit der öffentliche Dienst in Bremen für junge, gut ausgebildete Menschen auch in Zukunft attraktiv bleibt?

Das Bekenntnis von „althergebrachten“ Beamten „Ich bin beim Staat!“ drückt auch eine Attraktivität des öffentlichen Arbeitgebers aus. Die Erfüllung von Sicherheitsbedürfnissen, Status, Macht usw. ist nicht die Attraktivität, die wir meinen!

Unsere Ansatzpunkte: Der öffentliche Dienst als Arbeitgeber bietet mit seiner Gemeinwohlorientierung für seine Beschäftigten ein hohes Maß an persönlicher, demokratischer und sozialer Identifikation. Wir können inhaltlich sehr unterschiedliche Arbeitsplätze mit einer großen Bandbreite an interessanten Aufgabenfeldern zu angemessener Bezahlung bieten. Darüber hinaus werden wir die Bedingungen für eine ausgewogene Work-Life-Balance ausbauen, die Arbeitszeitsouveränität erhöhen sowie die Selbstverantwortung und Gestaltungsmöglichkeiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiter stärken. ■

Zur Person

- 1950 in Winsen/Luhe geboren
- seit 2003 Staatsrat beim Senator für Finanzen in Bremen
- Mitglied der Gewerkschaft ver.di

Aus den Gewerkschaften

Deutschland in Schiefelage

Dieser Herbst wird politisch, versprechen der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften. Sie kämpfen bundesweit in vielen Aktionen in den Betrieben und Verwaltungen für mehr Gerechtigkeit und einen Kurswechsel in der Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Für den DGB steht fest: Die Bürgerinnen und Bürger tragen die Kosten der Finanz- und Wirtschaftskrise, restriktive Sparprogramme und Kürzungen der Sozialleistungen gehen zu ihren Lasten. Einschnitte in die öffentliche Daseinsvorsorge und das Bildungssystem verschlechtern ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen. Dagegen fordern DGB und Gewerkschaften gute Arbeit, starke öffentliche Leistungen, ein gutes Auskommen im Alter, ein solidarisches Gesundheitssystem und qualifizierte Bildung und Ausbildung.

Für mehr Gerechtigkeit, so fordert der DGB,

■ muss vor allem in der Leiharbeit gleicher Lohn für gleiche Arbeit gelten. Mindestlöhne verhindern Lohndumping;

■ muss Schluss sein mit der falschen Sparpolitik in Kommunen und Ländern. In Bildung, Infrastruktur, innere Sicherheit und eine lebenswerte Umwelt muss mehr investiert werden;

■ darf Altersarmut nicht für Millionen von Menschen die einzige Perspektive sein. Der Gewerkschaftsbund fordert ein gutes Auskommen im Alter, flexible Übergänge in den Ruhestand, eine bessere Erwerbsminderungsrente und die Rücknahme der Rente und Pension mit 67;

■ muss die schwarz-gelbe Kopfpauschale gestoppt werden. Sie ist der Anfang vom Ende der Solidarität in der Krankenversicherung;

■ darf gute Bildung nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Jugendliche müssen qualifiziert ausgebildet und von den Betrieben übernommen werden. ■



Eine Terminübersicht gibt es unter www.herbstaktion.dgb.de

Keine Versicherung ist wie die andere.

Wenn es um die Finanzierung Ihrer Wünsche geht –
NÜRNBERGER
Beamtendarlehen.

Schutz und Sicherheit im Zeichen der Burg

NÜRNBERGER
VERSICHERUNGSGRUPPE
seit 1884

Finanzdienstleister für den Öffentlichen Dienst

NÜRNBERGER Beamten Lebensversicherung AG
Ostendstraße 100, 90334 Nürnberg
Telefon 0911 531-4871, Fax -814871
MBoeD@nuernberger.de, www.nuernberger.de



Personalia

DGB NRW hat einen neuen Vorsitzenden



Andreas Meyer-Lauber ist neuer Vorsitzender des DGB Nordrhein-Westfalen. 79 Prozent der Delegierten stimmten auf einer außerordentlichen Bezirkskonferenz in Düsseldorf für den

bisherigen Vorsitzenden der GEW in NRW. Meyer-Lauber kündigte an, der fortschreitenden Deregulierung des Arbeitsmarktes konsequent entgegenzutreten zu wollen. „Gleiches Geld für gleiche Arbeit und sichere, dauerhafte Beschäftigung mit Perspektive – das ist gute Arbeit“. Michael Sommer gratulierte Meyer-Lauber zur Wahl und bedankte sich beim vorherigen Amtsinhaber, Guntram Schneider, seit Juli im Amt des Ministers für Arbeit, Integration und Soziales in NRW, für dessen Engagement und Einsatz der letzten Jahre. ■

Andreas Gehrke macht Beamtenpolitik

Andreas Gehrke ist seit 1. Oktober 2010 für den Bereich Öffentlicher Dienst/Beamtenpolitik beim DGB-Bezirk Niedersachsen-Bremen-Sachsen-Anhalt verantwortlich. Er leitet die Abteilung Öffentlicher Dienst/Beamte, Bildung, Berufliche Bildung, Hochschulpolitik. Der 54-Jährige ist, was den öffentlichen Dienst betrifft, kein unbeschriebenes Blatt. Bei der GEW und bei ver.di hat er in wechselnden Funktionen die Interessen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst vertreten, u. a. als Bereichsleiter Tarifpolitik Öffentlicher Dienst in der ver.di-Bundesverwaltung. Andreas Gehrke übernimmt den Bereich von Helga Papendick-Apel, die nach vielen Jahren unermüdlichen Einsatzes für die Interessen der Beamtinnen und Beamten des Bezirks seit Juli dieses Jahres im Ren-



tenstand verdientermaßen ihren eigenen Interessen nachgeht. ■

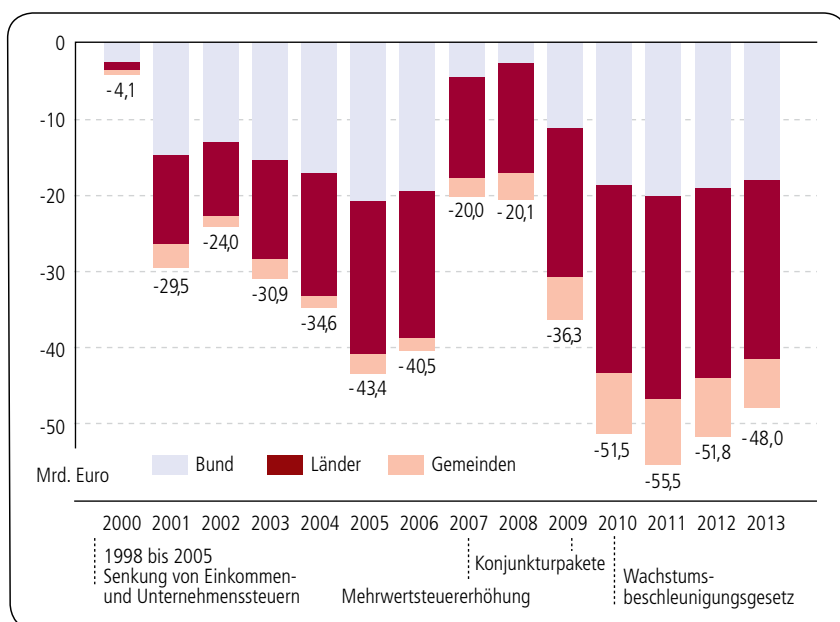
Urteile

Verfassungsgericht muss entscheiden

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat entschieden, dass es verfassungswidrig ist, die Regelung zur vorübergehenden Erhöhung des Ruhegehalts auf der Grundlage des Mindestruhegehaltssatzes rückwirkend wieder aufzuheben. Die Rückwirkungsanordnung verletze die verfassungsrechtlich gewährleisteten Grundsätze des Rückwirkungsverbots und des Vertrauensschutzes. Versorgungsempfänger/innen sollen vor nachträglichen und sachlich nicht begründeten Kürzungen ihrer Versorgungsansprüche bewahrt werden. Das Bundesverwaltungsgericht hat das Verfahren ausgesetzt, um die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Verfassungsmäßigkeit der Regelung einzuholen. (Az.: BVerwG 2 C 34.09) ■

Zahlen, Daten, Fakten

Einnahmeherausfälle durch Steuerrechtsänderungen 2000 bis 2013



Die Einnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden reichen nicht aus, um notwendige Ausgaben zu finanzieren. Die Steuerreformen seit 1998 haben dem Staat im Zeitraum 2000 bis 2010 Steuerausfälle von insgesamt rund 335 Milliarden Euro beschert. Im Durchschnitt fehlen über 30 Milliarden Euro pro Jahr. In den nächsten Jahren werden es sogar deutlich über 50 Milliarden Euro sein. Mit dem „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ sind zum 1. Januar 2010 weitere Steuersenkungen, wie z. B. die Senkung des Mehrwertsteuersatzes für Hotelübernachtungen, in Kraft getreten. Allein dieses Gesetzespaket wird im Zeitraum von 2011 bis 2014 zu Steuerausfällen von knapp 40 Milliarden Euro führen. ■

Quelle: BMF, Berechnungen Kai Eicker-Wolf/Achim Truger

Sie geben alles. Wir geben alles für Sie.
Mit unserer **Pflegevorsorge**,
die die staatlichen
Leistungen sinnvoll ergänzt.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. **DBV**

Pflegevorsorge

- Schon mit niedrigen Beiträgen abgesichert
- Soforthilfe innerhalb von 24 Stunden
- Für Sie, Ihre Kinder und auch Ihre Eltern

Als Spezialversicherer exklusiv für den Öffentlichen Dienst geben wir alles für Sie – und entwickeln Produkte, die speziell auf Ihre Bedürfnisse abgestimmt sind. So wie unsere umfangreichen Lösungen zur Pflegevorsorge, die die Pflegepflichtversicherung optimal ergänzen. Lassen Sie sich jetzt von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten.
Mehr Informationen: www.DBV.de oder Telefon 0 180 3 - 00 31 31*.

*9 Cent aus dem deutschen Festnetz, Mobilfunk maximal 42 Cent, jeweils je angefangene Minute.





Private Krankenversicherung für Beamte

Mehr Leistung. Mehr Sicherheit.
Weniger Kosten.



Bei uns ist der öffentliche Dienst zu Hause.

Die HUK-COBURG ist ein starker Partner, auch wenn es um Ihre Gesundheit geht:

- Mehr Leistung beim Arzt, Zahnarzt, im Krankenhaus
- Günstige Beiträge für Beamte und Beamtenanwärter
- Geld zurück: attraktive Beitragsrückerstattungen
- Zufriedene Kunden: Testsieger in der Kundenzufriedenheitsstudie der unabhängigen Unternehmensberatung MSR Consulting.

Lassen Sie sich gut beraten:

Adressen und Telefonnummern Ihrer Ansprechpartner finden Sie im örtlichen Telefonbuch oder unter www.HUK.de.

Der schnelle Rat: Telefon 09561 96-98221
Telefax 09561 96-6990

Kooperationspartner des

**DEUTSCHER
PERSONALRÄTE
PREIS 2010**



HUK-COBURG
Aus Tradition günstig